



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836890

F/XVI/257 - 14. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Schocktherapie</u> "Entstalinisierung" in der Zone - keine Lockerung des Regimes	38
2 - 3	<u>Frankreichs Kommunisten zwischen Moskau und Tirana</u> Thorez folgt nur zögernd der Chruschtschow - Linie Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	58
4	<u>Viel Arbeit für Frau Schwarzhaust</u> Zum Eintritt eines ersten weiblichen Ministers in das vierte Kabinett Adenauers	39
5 - 6	<u>Der unvermeidliche Herr Seebohm</u> Niemand drängte nach unbequemem Ministersessel Von J.F.G. Grosser	68

* * *
* *

Schocktherapie

"Entstalinisierung" in der Zone - keine Lockerung des Regimes

sp - Es ist anzunehmen, dass selbst linientreue Kommunisten im Ostsektor Berlins und in der Zone dumm aus der Wäsche geguckt haben, als sie erfuhren, dass die von ihnen seit Jahren als "Musterbeispiel sozialistischer Baukunst" gepriesene Stalinallee in einen Teil wieder in "Frankfurter Allee" zurück-, im anderen in "Karl Marx-Allee" umgetauft wurde. Noch vor wenigen Tagen hatten SED-Zeitungen, durch angebliche Leseranfragen veranlasst, verkündet, in der "DDR" werde es trotz der Beschlüsse des XIII. Parteitag der KPdSU keine Entstalinisierung geben, da Parteichef Ulbricht schon seit langem vorgesorgt, den Entstalinisierungsprozess vollzogen habe und im übrigen ausserhalb jeder - auch rückwirkenden - Kritik stehe.

Natürlich wird auch in den Parteiaktivs nach gleichem Rezept verfahren, wobei es den Gewaltigen des SED-Zentralkomitees gleichgültig ist, ob durch diese Schocktherapie sogar die besten Kaderfunktionäre der Gefahr ausgesetzt werden, eines Tages wegen permanenter Schizophrenie nicht mehr Dienst tun zu können.

Der nach aussen durch die Umbenennung von Strassen, Plätzen und sogar Städten jetzt in der Sowjetzone sichtbare "Entstalinisierungsprozess" dürfte zum Ergebnis haben, dass nunmehr auch die letzten Kommunisten zur politischen Agonie verurteilt werden. Aber nicht etwa deswegen, weil diese Leute der Stalin-Ära nachtrauern, sondern weil ihnen durch die Methoden Ulbrichts einfach das Rückgrat gebrochen wird. Meutern sie gegen diese Methoden, dann wird man sie - auch die Nichtstalinisten unter ihnen - nicht nur als "Divertanten und Parteischädlinge" anprangern, sondern sie auch in der Öffentlichkeit zu "staatsgefährlichen Subjekten und Agenten" abstempeln. Da ein Kommunist mit langjähriger Erfahrung dies weiss und hinreichend darüber orientiert ist, dass er gegen den allmächtigen Partei- und Staatsapparat auch mit besten Argumenten nicht ankommt, reduziert er aus den verschiedensten Gründen für Moskau immer noch wichtige Statthalter in Pankow die Anzahl seiner möglichen partei-internen Gegner auf ein Minimum.

Deswegen sollte man vorsichtig in der Beurteilung der Auswirkungen des schaurigen "Entstalinisierungsprozesses" in der "DDR" sein. Zunächst ist kaum etwas anderes zu erwarten als die makabre und für die unmittelbar Betroffenen schreckliche Erkenntnis, dass sie in einer zur Zeit nicht zu sprengenden Zwangsjacke weiterleben müssen.

Frankreichs Kommunisten zwischen Moskau und Tirana

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Die Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs hat sich offiziell zum neuen Chruschtschowkurs bekehrt. Diese Wendung erfolgte nach langem Zögern und mit grosser Unsicht. Nach dem 20. Parteitag stand das Zentralkomitee der französischen KP bekanntlich in offener Opposition gegen Chruschtschow, bezeichnete den Geheimbericht des Ersten Sekretärs der KPdSU als "Fälschung der westlichen Kapitalisten" und warf zugleich der sowjetischen Parteiführung vor, die ausländischen Genossen nicht rechtzeitig informiert zu haben.

Als sich der Inhalt des Chruschtschow-Berichtes nicht mehr leugnen liess, nahmen die französischen Kommunistenführer offen dagegen Stellung und bekanteten sich, ganz im heutigen Stil Pekings und Tiranas, gegen Chruschtschow und für den Stalinkult. Chruschtschows Versöhnung mit Tito wurde von Thorez und Duclos lange Zeit getadelt.

Alte Bindungen zu Albanien's Kommunisten

Der Versuch der französischen KP-Führer, "päpstlicher als der Papst" zu sein, d.h. stalinistischer als der heutige Kreml, hängt damit zusammen, dass die Führung der KPF zum Unterschied von den meisten anderen kommunistischen Parteien unter den stalinistischen Säuberungen nicht zu leiden hatte und heute noch fast vollzählig so zusammengesetzt ist, wie zu Stalin's Zeiten, von normalen Todesfällen abgesehen.

Dazu kommt eine enge Verbundenheit mit den albanischen Kommunisten, deren Führer lange Zeit in Frankreich als Emigranten lebten und daher mit den alten französischen Stalinisten durch zahlreiche persönliche Bindungen verknüpft sind.

Furcht vor Erschütterungen in der Partei

Der eigentliche Grund des Widerstandes der KPF-Bürokratie war aber ihr konservativer Charakter, die Furcht vor den revolutionären Folgen, die sich aus der Revision des Stalinkultes in Ungarn, Polen

und anderen Ländern ergeben haben und noch ergeben werden.

Da Chruschtschow aber jetzt die Kommunisten aller Länder vor vollzogene Tatsachen gestellt hat, sind auch die französischen Stalinisten gezwungen, gute Miene zum neuen Spiel zu machen. Moskau steht den französischen KP-Führern interessenmässig und ideologisch nun einmal näher als Peking und Tirana.

Thorez gehorchte am Ende des letzten Weltkrieges dem Befehl Stalins, in Frankreich mit de Gaulle zusammenzuarbeiten, keine eigene Revolution oder Machtergreifung zu versuchen und die in Jalta und Potsdam beschlossene Zweiteilung der Welt bis auf weiteres zu respektieren. Chruschtschows "friedliche Koexistenz" verfolgt das gleiche Ziel.

Abneigung gegen "Abenteurer"

Falls Thorez heute die Politik Pekings oder Tiranas verfolgen wollte, müsste das zu einer empfindlichen Störung des Gleichgewichtes in der französischen Innenpolitik und in der Weltpolitik führen. Das widerstrebt dem konservativer Wesen und den Interessen der kommunistischen Bürokratie in Frankreich, die es seit vielen Jahren gewöhnt ist, den Weisungen Moskaus zu folgen und die ausserdem mit ihrem mächtigen Apparat und dem der kommunistisch gesteuerten Gewerkschaften, Genossenschaften und Massenorganisationen, ein Bestandteil der französischen Gesellschaftsordnung geworden und jeder Abenteurer abhold ist.

Darum klammerte sie sich so lange als möglich an den traditionellen Stalinkult und darum nimmt sie heute den symbolischen Bruch Chruschtschows mit dem toten Stalin eher in Kauf, als einen folgenschweren Bruch mit dem lebenden Chruschtschow. In der sogenannten Entstalinisierung bleibt die KP-Bürokratie Frankreichs aber weiterhin ein Bremsklotz; geistig steht sie nach wie vor zwischen Moskau und Tirana.

Viel Arbeit für Frau Schwarzhaupt

ler. - Frau Oberkirchenrat Schwarzhaupt, den ersten weiblichen Minister in einem Kabinett Adenauer, erwartet in dem eigens für sie aus den Koalitionshändeln als Beiprodukt geborenen Gesundheitsministerium viel Arbeit. Das Fach, in dem sie sich nun ministrabel betätigen soll, ist ihr ziemlich fremd. Der Sozialdemokratische Pressedienst hat deshalb in einer Anwendung von Grossmut und Uneigennützigkeit Frau Minister Schwarzhaupt das im Frühjahr dieses Jahres von Willy Brandt in der Bonner Beethovenhalle verkündete Regierungsprogramm mit der Bitte zugesandt, es recht aufmerksam zu studieren und die darin enthaltenen auf Sachgutachten beruhenden wertvollen Anregungen nicht in den Wind zu schlagen. Dieses Programm stand und steht unter dem verpflichtenden Motte der Gesunderhaltung von Volk und Staat.

Der erste weibliche Minister in der Bundesrepublik hat sich bisher als Bundestagsabgeordnete nur in Ehescheidungssachen und bei der Mitwirkung von Gesetzen hervorgetan, die die konfessionelle Aufspaltung unseres Volkes und Staates auf die Spitze treiben. Man denke nur an das Sozial- und das Jugendhilfegesetz, die wohl geeignet sind, die Grundlagen bisher bewährter interkonfessioneller Zusammenarbeit zu zerstören. Nun eröffnet sich für Frau Schwarzhaupt als weiblicher Gesundheitsminister im vierten Kabinett Adenauer ein weites, für Kontroversen und das Austragen von Gegensätzen weniger geeignetes Betätigungsfeld.

Mit der Gesunderhaltung unseres Volkes ist es ohnehin nicht zum besten bestellt. Die Verpestung der Luft, die Verunreinigung unserer Flüsse und Bäche durch schmutzige Industriegewässer, Lärm in unseren von Kraftfahrzeugen aller Art überfüllten Strassen schaffen für den Menschen in der zweiten industriellen Revolution zusätzliche, Leben und Gesundheit bedrohende Gefahrenzonen. Hoffentlich teilt der neue Gesundheitsminister nicht den Hohn und Spott, mit dem die grösste Regierungspartei vor den Wahlen zum 17. September das sozialdemokratische Gesundheitsprogramm überschüttete. Dann wäre Frau Schwarzhaupt als Gesundheitsminister fehl am Platz. Teilt sie ihr nicht, was wir zu ihren Gunsten annehmen, dann möge sie, auch mit den Augen einer wachsamem Opposition gesehen, eine gute Startbahn haben.

Für die Gesunderhaltung unseres Volkes im weitesten Sinne kann nie genug geschehen, wir sind auf diesem Gebiet ein fast rückständig zu nennendes Land. Ob sich Frau Schwarzhaupt in einer Koalition, die unter so unsauberen Begleitumständen zustande kam, überhaupt durchsetzen kann, liegt freilich im Schoße der Zukunft verborgen.

Der unvermeidliche Herr Seehofer

Von J.F.G. Grosser

Der Bundesverkehrsminister der 4. Bundesregierung heisst wieder Seehofer. Das von niemandem, ja von ihm selbst nicht Erwartete ist eingetreten: der Posten des Bundesverkehrsministers geriet in der Endphase des Koalitions-Hick-Hacks und der Ministerpöstelei in den toten Winkel der mangelnden Nachfrage. Seehofer bleibt, weil keiner sich nach seinem Posten drängt. Man kann es noch genauer sagen: keine der Koalitionsparteien hat einen anderen brauchbaren, mutigen und prädestinierten Ministerkandidaten für dieses Amt anzubieten. Herr Köcherl von der CSU war klug genug auszuweichen, die Herren Dahlgrün und Rademacher von der FDP waren nur vorübergehend auf der Liste, und die CDU ist heilfroh, dass Herr Seehofer rechtzeitig zu ihr übertrat, weil sie sonst auch Farbe bekennen müsste. Das in zwölf Jahren im Bundesverkehrsministerium angesammelte Ministergut, für das schon der Möbelwagen bestellt war, bleibt also an seinem Platze.

Es wäre übertrieben zu behaupten, dass die deutsche Verkehrswirtschaft, die immerhin 10 Prozent des Nationaleinkommens repräsentiert, über diese Verlegenheitslösung sich begeistert oder auch nur befriedigt zeigt. In keinem anderen Ministerium wäre der frische Wind so nötig gewesen wie in diesem.

Andererseits ist der unvermeidliche Herr Seehofer bei der aus faulen Kompromissen, Unzulänglichkeiten und Verlegenheitslösungen zusammengestellten Koalitionsregierung nicht nur das kleinere Übel, sondern beinahe schon ein Gewinn. Es hätte viel trauriger kommen können. Auch seine politischen Gegner sind nach zwölfjähriger Amtszeit bereit, Dr. Seehofer eine gewisse Sachkenntnis zuzubilligen. Er ist in der Tat zu einem der wenigen Fachminister geworden, dem man mindestens sachliches Bemühen in einer ausserordentlich unpopulären Ministerfunktion nicht bestreiten kann.

Auf der Verkehrskonferenz der SPD in Stuttgart haben der Verfasser dieses Kommentars und alle anderen Sprecher die Voraussetzung für eine starke und erfolgreiche Verkehrspolitik klar angesprochen. Der Verkehrsminister muss im Kabinett eine einflussreiche Position haben, eine Stellung, die der Bedeutung der Verkehrswirtschaft entspricht. Die Stellung von Verkehrsminister und Verkehrsministerium muss politisch und personell

stark unterbaut sein. Nur so ist die erforderliche Ausstrahlung zu den Ministerien für Wirtschaft und Finanzen, sowie zum Auswärtigen Amt gewährleistet. Das uneingeschränkte Vertrauen des Bundestages und der Länderregierungen ist eine weitere unentbehrliche Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken des Ministers und seiner Mitarbeiter. Dieses Vertrauen ermöglicht es, alle rein fachlichen Probleme und Belange aus der politischen Sphäre herauszuhalten.

Niemand könnte behaupten, dass die Position des alten und neuen Verkehrsministers sich entscheidend gebessert habe. Im Gegenteil, in der letzten Bundesregierung war das Finanzministerium wenigstens noch von der gleichen Partei besetzt, der seit einiger Zeit auch Herr Seeböhm angehört, nämlich der CDU. Jetzt ist es an die FDP gefallen. Der Herr Seeböhm nicht gerade zugezogene Bundeswirtschaftsminister ist auf seinem Posten geblieben und das Auswärtige Amt ist einem Mann anvertraut worden, der gewiss nicht zu Seeböhms engeren Freunden zählt. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und in den Ausschüssen haben sich geändert, und das Machtwort des alten Herrn ist wesentlich geschwächt.

Die Sozialdemokraten haben immer die Sache über die Person gestellt. Sie werden das auch im Falle des verbliebenen Bundesverkehrsministers tun. Aber im Gegensatz zu den Koalitionsparteien verfügen sie mit Dr. Paul Bleiss an der Spitze über eine Reihe profiliertester Verkehrspolitiker für alle Sparten der Verkehrswirtschaft, mit denen der Verkehrsminister mehr noch als bisher rechnen muss.

Erfolg oder Misserfolg der amtlichen deutschen Verkehrspolitik werden bei dieser Sachlage nicht zuletzt davon abhängen, ob der Herr Verkehrsminister im 13. Jahre seiner Amtstätigkeit die gelegentlich erkennbar gewesene Unterbewertung des Parlaments vergessen macht und sein angeblich gutes Verhältnis zur Opposition nicht ein weiteres Mal nur als Lippenbekenntnis gewertet werden muss.

Auf dem Sektor Verkehrspolitik ist der in anderem Zusammenhang oft zitierte "Notstand" längst gegeben. Es bedarf der Übereinstimmung und der Anstrengung aller politischen und demokratischer Kräfte, ihn nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft zu meistern. Es wäre zu wünschen, dass Herr Seeböhm die Zeichen der Zeit zu deuten versteht.

+ + +